

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 85 (2007)
Heft: 2

Artikel: Die Natur preisen : was bringt's?
Autor: Guggenbühl, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-342010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Natur preisen – was bringt's?

Das Öko-Rezept, mit dem etwa der grünliberale Aufsteiger Martin Bäumle punktet, ist kurz und prägnant: «Wir möchten Ökonomie und Ökologie verknüpfen.»

Hanspeter Guggenbühl

Wer möchte das nicht? Die Frage ist nur, ob es geht: Die wachsende Wirtschaft ist die Ursache für den Niedergang der natürlichen Lebensgrundlagen, sagen die einen. Eine florierende Wirtschaft ist nötig, um die Lebensgrundlagen zu schützen, entgegen die andern. Diese Gegensätze in der Diagnose sind alt und kaum verrückbar. Näher liegt die Einigung bei den Mitteln: Lenkungsabgaben, die der Natur einen Preis geben, fördern sowohl Effizienz als auch Genügsamkeit. Sind diese Abgaben aber auch sozial vertretbar?

Wirtschaft und Gesellschaft produzieren und konsumieren auf Kosten der Natur – sowohl global als auch national: Einerseits plündern sie ihr Kapital; dazu gehören die nicht erneuerbaren Energieträger Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran sowie die Rohstoffe für unseren Materialverbrauch – vom Eisenerz über Edelmetalle bis zu den Urwaldbäumen. Andererseits belasten Wirtschaft und Gesellschaft die Natur mit Abfällen – vom Kehricht über den Sonder- und Atommüll bis zu den Klimagasen CO₂, Methan oder FCKW. Dieser Sachverhalt wird kaum bestritten.

Ebenfalls nicht bestreiten lässt sich folgender – statistisch belegter – Zu-

sammenhang: Je stärker die Wirtschaft monetär wuchs (gemessen am realen Weltsozialprodukt oder an nationalen Bruttoinlandprodukten), desto stärker wuchs tendenziell auch der Verbrauch von Energie, Material und Bodenfläche sowie der Müll und der Ausstoss von Klimagasen. Von dieser Tendenz gab und gibt es zwar Abweichungen. So brauchen die westeuropäischen Staaten für den gleichen Umsatz der Wirtschaft weniger Energie als die USA. Und in den meisten Ländern stieg der Energie- und Stoffverbrauch – dank energetischer Effizienzsteigerung und Recycling – in den letzten Jahren etwas weniger stark als das reale (teuerungsbereinigte) Bruttoinlandprodukt. Das ändert aber nichts an der allgemeinen Aussage: Es besteht bislang ein klarer Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Naturerhaltung. Das Wachstum der Wirtschaft wiederum resultiert sowohl aus der Zunahme der Bevölkerung als auch des Konsums pro Kopf.

Diagnose: Der Grund-Dissens

Gestritten wird hingegen über die Fragen, wie gross die Reserven an plünderbarem Naturkapital noch sind, und wie viel Abfälle die Natur respektive wie viel Klimagas die Atmosphäre verkraften kann, bevor natürliche Kreisläufe zusammenbrechen oder der Klimawandel zu untragbaren Schäden führt. Ebenfalls umstritten ist, ob der Zielkonflikt zwi-

schen Wirtschaft und Natur sich künftig überwinden lässt:

Ja, meinen die OptimistInnen (oder UtopistInnen), denn die Wirtschaft könne wachsen und der Naturverbrauch und Ausstoss von Klimagasen lasse sich trotzdem senken. «Die Wirtschaft kann ewig wachsen», behauptet etwa der viel zitierte Ökonom Thomas Straubhaar und begründet: «Ökonomisches Wachstum kann ressourcenschonend sein». Damit die Mittel zur Steigerung der Ressourcen- oder Öko-Effizienz sowie zur Verminderung von Abfällen und Abgasen finanziert werden können, so ergänzen die Wachstumsgläubigen, sei das Wachstum notwendig. Denn ohne Wachstum breche die Wirtschaft zusammen.

Die PessimistInnen hingegen, zu denen sich der Schreibende zählt, entgegnen: Ewiges Wachstum auf einem begrenzten Planeten führe früher oder später zum Zusammenbruch von Natur und Klima – und damit ebenfalls zum Kollaps der wachstumssüchtigen Wirtschaft. Dabei argumentieren die WachstumskritikerInnen mit schlichter Arithmetik: Die von den Optimisten erwünschte BIP-Wachstumsrate von jährlich drei Prozent steigert die Produktion und den Konsum innerhalb von hundert Jahren auf annähernd das Zwanzigfache, was kaum verkraftbar sei! Zudem suchen sie vergeblich nach Belegen, die auf einen globalen Trendwechsel von materialintensivem BIP-Wachstum (Wohnflächenexpansion, Auto- oder Flugverkehr etc.) zu immateriellem Wachstum (zum Beispiel in Form von Malerei oder Philosophie) hinweisen würde.

Der Grund-Dissens zwischen WachstumskritikerInnen, angeführt von Club of Rome-Autor Denis Meadows, und Wachstumsgläubigen (von den Wirtschaftswissenschaftlern über Unternehmerverbände bis zu den Gewerkschaften) ist alt und

kaum überbrückbar. Das rührt auch daher, dass die kapitalistische Wirtschaft einem Wachstumszwang unterliegt, wie das der Ökonom Hans Christoph Binswanger in seinem neusten Buch «Die Wachstumsspirale» eindrücklich darlegt. Auf der andern Seite ist eine baldige Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht in Sicht. In dieser Situation mag es hilfreich sein, sich nicht weiter dem Dissens bei der Diagnose zu widmen, sondern sich zu fragen: Mit welchem Rezept lässt sich der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie zumindest entschärfen?

Rezept: Die Natur preisen

Das Rezept, von dem im Folgenden die Schreibe sein wird, lautet wie folgt: Wir müssen die Natur preisen, also den Gütern der Natur einen Preis geben. Oder komplizierter ausgedrückt: «Die natürlichen Ressourcen in den marktwirtschaftlichen Preismechanismus integrieren» respektive «die externen Umweltkosten internalisieren».

Dieses Rezept mit den vielen Namen ist etwa gleich alt wie der Grabenkrieg zwischen Wachstumsgläubigen und WachstumskritikerInnen. Im Unterschied zur Forderung der KritikerInnen, vom Wachstum abzukehren, ist das Pricing der Natur aber mehrheitsfähig – zumindest in der Theorie. So stimmen nicht nur die meisten ÖkonomInnen, sondern auch bürgerliche Parteien in der Schweiz diesem Prinzip grundsätzlich zu; den Umstand, dass die gleichen Leute und Parteien die Umsetzung im konkreten Fall stets und bisher erfolgreich bekämpften, klammere ich hier aus und bleibe bei der Theorie:

Die real existierende Marktwirtschaft vernachlässigt das Kapital der Natur. Konkret: Der Verbrauch und die Ver-

Im Unterschied zur Forderung, vom Wachstum abzukehren, ist das Pricing der Natur mehrheitsfähig – zumindest in der Theorie.

knappung von endlichen Bodenschätzen, die Versiegelung von nicht vermehrbarem Land sowie die Nutzung oder Verschmutzung von Wäldern, Wasser oder Atmosphäre über ihre Regenerationsfähigkeit hinaus werden von den Marktpreisen nicht, nicht genügend oder zu spät erfasst. Die Erdölpreise zum Beispiel nahmen nicht stetig und berechenbar zu, weil die Lager schrumpfen, sondern sprunghaft, wenn die Förderung oder Raffinierung von Ölprodukten das Angebot temporär nicht decken konnte.

**Die Lenkungs-
abgabe steigert**

**nicht nur die
Effizienz der Natur-
nutzung, sondern
fördert auch die
Genügsamkeit,
neudeutsch «Suffi-
zienz» genannt.**

Der marktgerechte Preis der Natur ist allerdings eine theoretische Grösse. Denn wie knapp oder überlastet die einzelnen Ressourcen sind, weiss niemand genau; deshalb lässt sich über Kostenwahrheit ewig streiten, und Lösungen lassen sich blockieren. Statt kostenwahr oder verursachergerecht sollte das Pricing der Natur deshalb zielorientiert erfolgen, das heisst: Naturgüter müssen so teuer werden, dass ihr Verbrauch auf das als verträglich eingestufte Mass sinkt.

Mittel: Abgabe auf Energie

Nun ist es nicht praktikabel, jede einzelne Naturnutzung direkt in Geld umzumünzen. Als Grundlage und als grobes Steuerungsmittel, um die Natur ins Preissystem einzubeziehen, ist deshalb eine Lenkungsabgabe zu favorisieren. Diese soll alle Energieträger erfassen, bemessen nach ihrem Energiegehalt. Denn der Einsatz von Energie bestimmt – mehr oder weniger stark – auch den Verbrauch der übrigen Naturgüter; er bildet also die Quelle der meisten Umweltbelastungen. Zwischen den einzelnen Energieträgern kann die Höhe der Abgabe differenziert werden; so belastet etwa die Nutzung der Sonnenenergie die Natur weniger stark als der Einsatz von Erdöl oder Biomasse.

Neben der Grobsteuerung braucht es Mittel zur Feinsteuerung. So kann die Energie-Lenkungsabgabe ergänzt werden durch weitere Abgaben, etwa für die Bodennutzung oder für besonders umweltbelastende Verkehrsarten. Zusätzlich sind Umweltvorschriften, also Gebote oder Verbote, weiterhin notwendig. Diese sollen primär dazu dienen, den Einsatz jener Stoffe zu verhindern, die besonders giftig sind, oder die von der Natur nicht abgebaut werden können, zum Beispiel Atommüll oder genveränderte Substanzen.

Effizienz plus Suffizienz

Um ökonomische und soziale Schocks zu vermeiden, sollte die Energieabgabe stufenweise eingeführt und erhöht werden. Beispiel: Eine Lenkungsabgabe von 30 Rappen pro Liter Erdöl, die jährlich um sieben Prozent erhöht wird, überschreitet im Jahr 2025 immerhin die Schwelle von einem Franken pro Liter Erdöl (oder 10 Rappen pro kWh Strom) und steigt bis 2035 auf zwei Franken etc. Die so gestaltete Abgabe begünstigt nicht nur Spartechniken oder weniger schädliche Energieträger, die heute noch nicht rentabel sind. Sondern sie reduziert auch energie- oder materialintensive Tätigkeiten wie etwa raumgreifendes Wohnen, Reisen oder ungesund hohe Raumtemperaturen.

Mit andern Worten: Die Lenkungsabgabe steigert nicht nur die Effizienz der Naturnutzung, sondern fördert auch die Genügsamkeit, neudeutsch «Suffizienz» genannt. Und sie bremst damit das auf der Plünderung der Natur, insbesondere des Erdöls basierende Wachstum der Wirtschaft. Hier liegt denn auch der Grund, weshalb bürgerliche Parteien, die verbal Lenkungsabgaben befürworten, diese im konkreten Fall stets bekämpfen.

Die soziale Frage

SP und Grüne befürworten Energie- oder Umweltabgaben auch in der Praxis. Doch auch innerhalb der Linken gibt es Einwände: Solche Abgaben würden Leute mit tiefem Einkommen stärker belasten und sich damit sozial negativ auswirken, heisst es etwa. Beispiel: Während das durch Abgaben verteuerte Erdöl die sozial Schwachen in schlecht isolierten Wohnungen schlottern lasse, könnten die Reichen ihre Benzinkarossern weiterhin mit teurem Erdöl oder Biomasse füttern und ihre Wintergärten auf 30 Grad aufheizen.

Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Zwar trifft es zu, dass die Kluft zwischen Reichen und Armen wächst, und dass Reiche einen kleineren Anteil ihres Einkommens brauchen, um ihre Wohnungs-, Heiz- und Verkehrskosten zu decken. Steigende Energiepreise für den Grundbedarf können diesen Konflikt ebenso verschärfen wie steigende Nahrungspreise, Krankenkassenprämien oder Mietpreise.

Echte Lenkungsabgaben hingegen fördern diese Ungleichheit nicht, sondern verringern sie. Grund: Der Ertrag einer Energie-Lenkungsabgabe fliesst nicht zu den Ölscheichs. Sondern die Einnahmen müssen an Volk und Wirtschaft im Inland zurückerstattet werden; im Idealfall pro Kopf an die Bevölkerung, soweit der Abgabeertrag aus dem Konsumbereich stammt, und pro Arbeitsplatz an die Unternehmen, soweit die Einnahmen aus der Produktions-Energie stammen (siehe Kästchen: CO₂-Abgabe). Folge: Wer als Produzent oder Konsumentin mehr Energie verbraucht als der Durchschnitt, wird unter dem Strich belastet. Wer hingegen die Energievorräte und die Umwelt schont, wird belohnt.

Weil Reiche meist mehr Energie pro Kopf verbrauchen als Arme, führt die

Lenkungsabgabe also zu einer Umverteilung und verringert die wachsenden Unterschiede zwischen Reich und Arm. Vor allem aber bietet die Abgabe allen – ob Reich oder Arm, ob Produzentin oder Konsument – einen finanziellen Anreiz, ihren Energiebedarf zu drosseln, sei es durch Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz oder durch verändertes Verhalten.

Einfluss auf die Mieten

Gewiss, nicht jeder Mensch hat die gleiche Freiheit, seinen Energiebedarf zu beeinflussen. Während es sich für BesitzerInnen von Einfamilienhäusern direkt auszahlt, wenn sie ihr Gebäude bei steigenden Energiekosten energetisch sanieren, fehlt EigentümerInnen von Miethäusern dieser Anreiz, solange sie die steigenden Heizkosten auf die Mietpreise überwälzen können.

Doch das funktioniert nur, solange sie Mieterinnen und Mieter finden. Und diese Chance sinkt, wenn die Energie mittels Abgaben verteuert wird. Denn eine Energieabgabe, die genügend hoch ist, dass sie spürbar umlenkt, fördert wie erwähnt die Genügsamkeit. Das gilt auch beim Anspruch auf beheizte oder gekühlte Wohnfläche. Folge: Die Nachfrage nach Wohnraum sinkt und bewirkt, dass sich als erstes energetisch ineffiziente Gebäude kaum mehr vermieten lassen. Das zwingt die EigentümerInnen, ihre Gebäude entweder energetisch zu sanieren oder die Mieten zu senken. Davon wiederum profitieren auch die sozial schwächeren MieterInnen. Die Behauptung, Lenkungsabgaben auf Energie und andern Naturgütern wirkten sich sozial negativ aus, ist also auch in diesem Fall nicht stichhaltig.

Ausnahmen von den geschilderten Mechanismen mag es geben. So kann nicht

**Weil Reiche meist
mehr Energie
pro Kopf verbrauchen als Arme,
verringert die Lenkungsabgabe die
wachsenden Unterschiede zwischen
Reich und Arm.**

jeder Mann seinen Arbeitsplatz sofort wechseln, weil ein langer, Energie zehrender Arbeitsweg sein Haushaltbudget sprengt. Und nicht jede Frau kann sofort zügeln, wenn die Energieabgabe die Heizpreise erhöht (bevor das die Verknappung des Erdöls ohnehin tut). Doch auch diese Einwände stellen die Forderung, die Natur zu preisen, nicht in Frage. Denn Umwelt- und Sozialpolitik dürfen nicht vermengt werden. Wer soziale Härten vermeiden will, muss das primär mit fiskalischen und sozialpolitischen Mitteln tun.

Hanspeter Guggenbühl, 58, ist freier Journalist, spezialisiert auf die Themen Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik. Er arbeitet für mehrere Schweizer Tages- und Wochenzeitungen und hat verschiedene Sachbücher mitverfasst, zuletzt mit Urs P. Gasche: «Das Geschwätz vom Wachstum» (Zürich: Orell Füssli 2004).

CO₂-Abgabe

Dem Idealmodell einer Lenkungsabgabe entspricht die Schweizer CO₂-Abgabe, die das Parlament ab 2008 oder 2009 einführen will: Die Einnahmen werden pro Kopf und pro Arbeitsplatz zurückverteilt. Leider erfasst diese – sehr kleine – Lenkungsabgabe nur die fossilen Brennstoffe und damit weniger als die Hälfte des gesamten Energieverbrauchs in der Schweiz.

Beim privaten «Klimarappen» auf Benzin hingegen handelt es sich um eine Förderabgabe, denn der Ertrag wird zur Subventionierung von Projekten oder für Sanierungen verwendet, die den CO₂-Ausstoss reduzieren. Der Vorschlag der SP, den Klimarappen durch eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen zu ersetzen und einen Teil des Ertrages zur Mitfinanzierung von Bahnprojekten zu verwenden, macht die CO₂-Abgabe zu einem Zwitter zwischen Lenkungs- und Förderabgabe und erfordert eine Verfassungsänderung, also viel Zeit.